

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) sind insgesamt etwa 2,5 Millionen Beschäftigte betroffen: Rund 2,3 Millionen Arbeitnehmer, Azubis und Praktikanten des Bundes und der Kommunen sowie weiterer Bereiche, für die der TVöD sowie die verschiedenen Tarifverträge für Azubis und Praktikanten direkte Auswirkungen haben und rund 225.000 Bundesbeamte und Anwärter, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Die wirkungsgleiche Übertragung betrifft hier nur die Bundesbeamten, da die Kommunalbeamten (187.600) nach den jeweiligen Landesgesetzen besoldet werden.

„Mit Wertschätzung hatte das wenig zu tun“, resümierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach die ergebnislosen Gespräche der Gewerkschaften mit der Vereinigung Kommunaler Arbeitgeber (VKA) am 16. Juni 2020 in Berlin. Die Konsequenzen der Corona-Pandemie treten überall zu Tage, bei der Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen genauso in der akuten Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Kolleginnen und Kollegen in Kitas, Krankenhäusern, Ordnungs- und Bezirksamtämtern, Jobcentern, bei Zoll und Bundespolizei verdienen mehr Wertschätzung, ideell und materiell. Gerade jetzt. Silberbach: „Niemand kann im Moment sagen, wie sich die Lage weiterentwickelt. Insofern wäre es klug gewesen, jetzt kurzfristig eine Übergangsvereinbarung zu schließen und die eigentliche Einkommensrunde ins nächste Jahr zu schieben. Die Weitsicht fehlt der VKA offenbar.“ Die Gewerkschaften nehmen die schwierige Finanzlage der Kommunen sehr wohl zur Kenntnis. „Allerdings“, so der dbb-Chef weiter, „hilft uns ein Schwarze-Peter-Spiel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hier nicht weiter. Schon gar nicht, wenn es auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird.“

Der dbb Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer Ulrich Silberbach kritisierte vor allem die Verweigerungshaltung der VKA: „Es ist ärgerlich, dass die Kommunen zwar oft und gerne den Begriff ‚Investitionen‘ in den Mund nehmen, dabei aber offensichtlich nicht an Investitionen ins Personal denken. Das ist umso bedauerlicher, als der Fachkräftemangel und die demografische Krise im öffentlichen Dienst auch durch Corona nicht verschwunden sind.“

Die dbb Bundestarifkommission wird am 25. August 2020 die Forderungen für die Einkommensrunde beschließen. Geyer: „Wir sind systemrelevant und wir haben während der Pandemie absolute Spitzenleistungen erbracht. Dennoch haben die Arbeitgeber dieses Mal sogar schon vor der eigentlichen Einkommensrunde deutlich gemacht, dass Wertschätzung für sie nur aus warmen Worten besteht.“

dbb Tarifchef Volker Geyer konstatierte: "Wir brauchen den Dialog und wenn es wegen Corona nicht möglich ist, dass wir uns im Betrieb oder der Dienststelle treffen, dann müssen wir neue Wege gehen." Aktionen müssen trotz der Corona-Krise während der Einkommensrunde stattfinden, um den Forderungen gegenüber der Arbeitgeberseite Nachdruck zu verleihen. Bis zum 25. August 2020 wird der dbb zahlreiche digitale Branchentage durchführen, um über Forderungen und Aktionen in der Einkommensrunde zu beraten.

Bundestarifkommission kündigt Tarifvertrag

Der dbb Chef kündigte an, dass die Beschäftigten sich den materiellen Ausdruck dieser Wertschätzung notfalls erkämpfen werden. Silberbach: „Wir wollen keinen Arbeitskampf, werden aber notfalls nicht davor zurückschrecken. Die Kolleginnen und Kollegen in Kitas, Krankenhäusern, Ordnungs- und Bezirksamtämtern, Jobcentern, bei Zoll und Bundespolizei

setzen auf die Unterstützung der Öffentlichkeit und der Medien, wenn es darum geht, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen, notfalls eben im Konflikt.“

Den Vorschlag der Gewerkschaften, die Einkommensrunde als angemessene Reaktion auf die aktuelle Krisenlage zeitlich zu entzerren, hatten die kommunalen Arbeitgeber in Sondierungsgesprächen abgelehnt, woraufhin die Gewerkschaften die Entgelttabellen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TVöD) fristgemäß zum 31. August 2020 kündigten, um ab 1. September 2020 in die Verhandlungen einzusteigen. Die VdB Bundesbankgewerkschaft hat in Folge dessen die Tarifverträge mit der Bank ebenfalls fristgerecht gekündigt. dbb Chef Silberbach betonte die Entschlossenheit der Beschäftigten und des dbb, mit der man in die Einkommensrunde gehe, insbesondere auch in Bezug auf die Bundesbeamten: "Eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten ist für uns nicht verhandelbar."

dbb jugend enttäuscht über Arbeitgeber

"Dass die Arbeitgeber schon jetzt auf stur schalten und in der aktuellen Krisensituation keinerlei Signale für eine konfliktfreie Verständigung senden, ist ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten, die noch immer bis zum Hals mitten im Corona-Krisenmanagement stecken", kritisierte die dbb jugend Vorsitzende Karoline Herrmann am 18. Juni 2020 in Berlin am Rande der Sitzung der dbb Bundestarifkommission. "Ganz wichtig wäre jetzt ein kurzfristiges Zeichen der Wertschätzung gewesen, über alles Weitere hätte man später reden können", stellte Herrmann klar. "Doch nach dem Klatschen kommt nun die Klatsche! Die Beschäftigten jetzt in eine Auseinandersetzung zu nötigen, zeugt von einer Doppelzüngigkeit, die wir in dieser Deutlichkeit nicht erwartet hätten. All die Lippenbekenntnisse zu den systemrelevanten Beschäftigten, den 'Heldinnen und Helden des Alltags' - alles Schall und Rauch. Das Motto lautet wieder mal Wertschätzung nach Kassenlage, aber da spielen wir nicht mit", betonte die dbb jugend Chefin, die auch Mitglied der dbb Bundesleitung ist. "Wir werden für die Kolleginnen und Kollegen, die das Land am Laufen und das Leben und die Gesundheit der Menschen geschützt haben und dies auch in diesem Moment und künftig tun, kämpfen. Wir sind überzeugt, dass die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dabei hinter uns steht, und die Arbeitgeber sollten nicht auf die Idee kommen, sie jetzt in das billige populistische Bashing gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hineinzuziehen. Wenn der Verweis auf vermeintliche Arbeitsplatzsicherheit und leere Kassen ihre einzige Antwort auf die Herausforderungen ist, vor denen Staat und Verwaltung stehen, ist das ziemlich armselig, rückwärtsgewandt und spalterisch. Diese Masche kennen wir zur Genüge, und sie ist out. Damit braucht den jungen Beschäftigten niemand mehr zu kommen, dann gehen die nämlich. So einfach ist das. Deutschland verdient einen leistungsfähigen, krisen- und zukunftsfesten öffentlichen Dienst. Und der hat seinen Preis", so Herrmann.

Inflationsausgleich reicht nicht

"Wir sind nicht naiv", sagte der dbb Bundesvorsitzende dem Magazin "Wirtschaftswoche" am 18. Juni 2020 mit Blick auf die finanziellen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie für die öffentlichen Haushalte. "Es bleibt aber dabei, dass die Beschäftigten ein Anrecht auf Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung haben. Und der Fachkräftemangel in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes ist ja auch nicht plötzlich verschwunden. Wir erleben, dass der Staat die Privatwirtschaft mit Milliardensummen unterstützt, auch weil dort gute Lobbyarbeit geleistet wird. Da darf die Politik nicht auf der anderen Seite die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bluten lassen, die in der Krise Herausragendes

leisten", machte Silberbach deutlich. "Vom Beifallklatschen allein können unsere Leute ihre Miete und steigende Lebenshaltungskosten nicht finanzieren."

Ein Inflationsausgleich sei das Minimum – plus eine Anerkennung der Leistungen in der Krise, forderte Silberbach für die diesjährige Einkommensrunde, bei der es um die Gehälter von rund 2,5 Millionen Beschäftigten beim Bund und in den Kommunen geht.

Dauerbaustelle „Gleichstellung“

Die Corona-Krise hat offengelegt, wie dramatisch die Defizite bei der Gleichstellung in den öffentlichen Verwaltungen teilweise sind. Nach wie vor sind es die überwiegend von Frauen ausgeübten Berufe, die nicht die Wertschätzung erfahren, die sie verdienen.

„Die Entwicklung der Infektionszahlen zeigt, dass das Pandemiegeschehen noch lange nicht beendet ist. Die Kolleginnen und Kollegen vor allem in den Kommunen werden auch in den kommenden Wochen verstärkt mit der Eindämmung der Pandemie beschäftigt sein und dafür haben sie mehr als Applaus vom Balkon verdient“, so der dbb Bundesvorsitzende.

"Jetzt müssen Fakten geschaffen werden. Insbesondere mit Blick auf den Gesundheitsdienst und die Beschäftigten im Kranken- und Pflegebereich – hier arbeiten fast ausschließlich Frauen – muss eine finanzielle Anerkennung dieser gesellschaftlich wichtigen Leistung erfolgen, die deutlich über einen Inflationsausgleich hinausgeht."

Der neu gewählten Vorsitzenden der dbb bundesfrauenvertretung, Milanie Hengst, sagte Silberbach seine volle Unterstützung für die anstehenden Aufgaben zu. „Die stockenden Fortschritte bei der Gleichstellung in den Verwaltungen gleichen einer Dauerbaustelle. Diese gilt es, mit vereinten Kräften endlich fertig zu stellen. Gemeinsam mit der dbb bundesfrauenvertretung als zentrale Akteurin werden wir dieses Ziel vehement verfolgen.“

Vor allem die Frage nach besseren Aufstiegschancen von Frauen im öffentlichen Dienst dürfe jetzt nicht im Tohuwabohu um die Krisenbewältigung untergehen, stellte Hengst in ihrer Antrittsrede heraus: „Wir haben ein reales Problem bei der Besetzung von Leitungspositionen. Das müssen wir in den Griff bekommen. Die gendergerechte Umsetzung der Digitalisierung mit zukunftsorientierten Konzepten für mobiles Arbeiten, auch das hat die Corona-Krise gezeigt, ist das passende Instrument, um Arbeitsbedingungen flexibler und Beförderungssysteme durchlässiger zu machen. Diese gewaltige Chance müssen die Verwaltungen jetzt aktiv ergreifen.“